PB.W-01-630

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Paul-Patrick Muschiol (KV Viersen)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 630 bis 642:

~~Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden. Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz zeitgemäß gestalten – um die so dringenden Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben wir eine begrenzte Kreditaufnahme. So schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt. Das schafft ein hohes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das sicherstellt, dass unsere Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft weiter abnehmen. Die kluge Unternehmerin spart nicht, sie investiert. Der kluge Staat tut es ihr gleich.~~

Überschrift: Schuldenbremse abschaffen

Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Wir haben aber ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden. Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz abschaffen, um für heutige und zukünftige Generationen wichtige Ausgaben zu ermöglichen. Der dramatische Investitionsbedarf, anhaltende Arbeitslosigkeit oder das für Europa und die Welt schädliche, dauerhafte Außenhandelsungleichgewicht zeigen klar, dass höhere Staatsausgaben notwendig sind. Sowohl mehr Investitionen (z.B. Bau neuer Schulgebäude) als auch mehr staatlicher Konsum (z.B. Bezahlung zusätzlicher Lehrer) sind gesamtwirtschaftlich geboten und essenziell für eine gute Zukunft – die Schuldenbremse verhindert beides.

Begründung

Dieser Antrag wurde im Namen von Fred Lorenz eingestellt, bei dem technische Probleme vorlagen.

Die unterschiedliche Bewertung von staatlichen Investitionen und staatlichem Konsum mit Blick auf den jeweiligen Wert für die Zukunft ist inhaltlich nicht haltbar, die Fokussierung auf Investitionen, d.h. den Aufbau von materiellen Sachwerten, ist zudem mit Blick auf Ressourcenverbrauch und Klimabilanz problematisch. Da Pfadabhängigkeiten in der Ökonomie eine zentrale Rolle spielen, ist die Trennung der wirtschaftlichen Lage in Gegenwart und Zukunft ebenfalls inhaltlich unlogisch.

Das alte Narrativ über die Bedeutung von Schulden und Schuldenquoten sollte nicht weiter verwendet/bestärkt, sondern stattdessen realwirtschaftliche Kriterien (z.B. magisches Sechseck) in

den Mittelpunkt gestellt werden. Dazu zählt ausdrücklich auch das Außenhandelsungleichgewicht, da Deutschland mit seinen permanenten Exportüberschüssen wirtschaftliche Probleme (z.B. Arbeitslosigkeit) in Südeuropa verstärkt und gegen internationale Absprachen verstößt.

Eine falsche Botschaft sendet auch der Verweis auf das Niedrigzinsumfeld und das hohe “Vertrauen” in deutsche Staatsanleihen, wodurch z.B. verschleiert wird, dass die Niedrigzinsen v.a. von der EZB, die über 35% der deutschen Staatsanleihen hält, gemacht werden (https://de.statista.com/infografik/22397/anteil-der-von-der-ezb-gehaltenen-staatsschulden/).

Grundsätzlich gilt hier also, einem neuen Framing den Weg zu ebnen und das Wahlprogramm konsistenter und ehrlicher zu machen. Dies trägt auch dazu bei, konservative Gegenargumente bei höheren Ausgaben zuvorzukommen und Debatten primär über Notwendigkeiten statt über Finanzierbarkeiten zu führen.

weitere Antragsteller*innen

Fred Lorenz (KV Rhein-Sieg); Volker Beer (KV Borken); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Dietmar Günther (KV Dresden); Ulrich Gundert (KV Reutlingen); Katharina Zimmer (KV Mannheim); Jona Finn Jäker (KV Mark); Maximilian Reith (KV Mannheim); Chris Cranz (KV Köln); Antje Sander (KV Darmstadt); Hendrik Hinrichs (KV Hamburg-Nord); Alper Cugun-Gscheidel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hannes Rosenitsch (KV Würzburg-Stadt); Baris Aktas (KV Rottweil); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Henry König (KV Freiburg); Daniel Belling (KV Mannheim); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Patrick Voyé (KV Marburg-Biedenkopf); Andreas Franco (KV Köln); Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land); Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland); Andreas Müller (KV Essen)